



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/15

4. Februar 1949

"Kulturkampf erwünscht?"

Von Arno Hennig

Seit Bismarcks Zeiten hat sich ^{der} Kulturkampf als Bumerang erwiesen, der auf den Herausforderer zurückschlägt. Man bedient sich dabei zweier Begriffe, die ihres guten Sinnes nicht entbehren, die man aber als unruheherstiftende Schlagworte unter die Menge wirft: Elternrecht und Konkordat. Von beider wird behauptet, daß sie in Gefahr seien und daß die deutsche Linke es sei, die sie in Gefahr bringe. Auf der zweiten Behauptung liegt der Nachdruck.

Allen Ernstes wurde von der CDU und ihrem Anhang in Bonn beantragt, das zwischen Hitler und dem Vatican abgeschlossene Konkordat in das Grundgesetz aufzunehmen, also verfassungsmäßig zu verewigen. Es ist fraglich, ob alle Refürworter dieses Antrages den tatsächlichen Inhalt des Konkordats kennen. Unter anderem wird darin verlangt, daß der Priester sich der politischen Betätigung zu enthalten habe. Diesen Passus hat Kardinal Frings selber desavouiert, indem er der CDU beitrug. Das Konkordat verpflichtet die Katholiken zur Treue gegen Hitler und sein Reich. Ein Politiker des Jahres 1949 müßte geradezu von Sinnen sein, wenn er dieses Konkordat in die künftige deutsche Verfassung einbauen wollte.

Den sonstigen materiellen Inhalt des Konkordates hat unseres Erachtens bisher niemand bestritten, aber es ist eine unmögliche Zumutung, einen zwischenstaatlichen Vertrag des Dritten Reiches im Grundgesetz zu verewigen.

Und das vielberufene Elternrecht? Praktisch ist es das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder. Es ist klar und nur zu billigen, daß der christliche Mensch und als seine Wortführerin die christliche Kirche an diesem Punkte stark interessiert sind. Ist nun das Elternrecht bedroht, und wer bedroht es? Selbstverständlich gibt es überall Pflichten, wo Rechte beansprucht werden. Es wird aber von politisch konservativen Kreisen das Elternrecht so dargestellt, als ob es eigentlich nur in der Verpflichtung bestünde, das eigentliche Bestimmungsrecht der Erziehungsberechtigten interessierten Organisationen vollinhaltlich zu übertragen.

Das Elternrecht schließt jedoch die Verpflichtung deutscher Väter und Mütter ein, nach der Katastrophe des Totalitarismus die Erziehungsvoraussetzungen unseres irregulierten Volkes gewissenhaft zu prüfen und insbesondere die Frage ernstzunehmen, ob die

Jahrhunderte alte konfessionelle Aufspaltung der öffentlichen Erziehung wirklich die guten Früchte getragen hat, die man rühmt.

Es ist ein ernstes Symptom, daß der "Bruderrat der Bekennenden Kirche" - jener tapfere Kreis entschlossener und todesmutiger Christen, die im Dritten Reiche den härtesten Widerstand leisteten - mit Nachdruck für die Gemeinschaftsschule eintritt. Sie machen dabei geltend, daß gerade der ernste Christ sich in Zukunft kein pharisäisches Aussondern von Menschen - und gar minderjährigen Menschen! - nach weltanschaulichen Gesichtspunkten erlauben dürfe, ohne seine Sendung zu verletzen. Wenn der Heiland lehrte oder half, dann habe er wohl die Vertrauensfrage gestellt, aber niemals ein Weltanschauungsexamen vorgenommen. Auch in der Erziehungsarbeit sei der Christ in die Welt hineingestellt, wie sie ist, und er habe nicht das Recht auf ein künstlich exklusives Arbeitsfeld.

Es leuchtet jedem Unvoreingenommenen ohne weiteres ein: Die Gemeinschaftsschule, mit dem Religionsunterricht nach dem Willen der Erziehungsberechtigten und in Übereinstimmung mit der Religionsgemeinschaft als ordentlichem Lehrgegenstand, ist die einzig vernünftige, gerechte und sparsame Form der öffentlichen Erziehung. Diese Schule wird genau soviel oder so wenig religiös durchdrungen sein, wie es den Christen, wie es den Kirchen gelingt, den Christusimpuls im Volke lebendig zu machen. Staat und Parteien können dem Christen diese Verpflichtung nicht abnehmen. Staatlich garantierter, machtpolitisch gestützter Konfessionalismus ist dem Christentum in der Vergangenheit sehr schlecht bekommen, und es wäre bußfertiges Nachdenken am Platze über manche bisher übersehene Wurzel des politischen Totalitarismus.

Die Gemeinschaftsschule hat sich in Süddeutschland und anderswo jahrzehntelang bestens bewährt. Sie wird christlich sein, wenn Tatchristen sie tragen. Niemals aber wird eine noch so strenge klerikale Aufsicht oder Lehrvorschrift einen Ersatz bieten für diese heute fehlende menschlich-christliche Substanz.

Die erste allgemeine Wahl steht vor der Tür und es ist der deutschen Reaktion peinlich, wenn sie von den echten politischen Problemen sprechen muß: Von Löhnen und Preisen, von Sozialisierung, Lastenausgleich, Flüchtlingsproblem, Schwarzhandel, von Neureich und Raffke. Statt dessen wäre es doch gar zu schön, wenn man mit dem SOS-Ruf: "Die Religion ist in Gefahr!" eine glänzende und früher nur allzuoft bewährte Wahl-, Verwirrungs- und Ablenkungsparole gewönne.

Antifa-Männer kehren zurück

Ein Bericht

sp. Im Laufe des Januar sind in den Hauptentlassungslagern Ulm in der amerikanischen, und Friedland in der englischen Zone, die ersten geschlossenen Transporte von sogenannten Antifa-Männern eingetroffen, also Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion eine besondere antifaschistische Ausbildung erhalten haben.

Ihr Bild ist radikal anders, als das bei Rußlandheimkehrern gewöhnte: Es waren nach ihrem Aussehen Kavaliere mit Anzügen von Friedensqualität und bestem Schuhzeug. Die meisten tragen neue Hüte - bei Heimkehrern ein besonders ungewohnter Anblick. Die Koffer, einer bis drei pro Mann, sind prall mit Wäsche und anderen nützlichen und angenehmen Dingen gefüllt, ihr Gesundheitszustand ist vorzüglich, keine Spur von Erschöpfung oder Arbeitsausnutzung war erkennbar.

So ansprechend und, für die gewöhnlichen Heimkehrer provozierend diese äußere Ausstattung ist, so verschlossen sind diese Männer. Immerhin gibt das Wenige, was sie in trotziger Aggression vorbringen, einigen Aufschluss. Sie leben offenbar in einer Atmosphäre der Solidarität und der Abwehr gegen die neue Umgebung und die Menschen, die ihnen hier begegnen.

Der Friedland-Transport allein umfasste 260 Mann. Bei ihnen fanden sich insgesamt fünf Zentner "Arbeitsmaterial": Verträge, ausgearbeiteter Diskussionsstoff, skizzierte Programme, Broschüren, "Aufklärungsschriften" und dergleichen - ein stattlicher Haufen, wie sich denken lässt, als es zusammengetragen war. Man nahm es ihnen ab.

Das Durchschnittsalter beträgt 20 bis 30 Jahre. Sie glauben, dass wir einseitig orientierten Westler ohne jedes Verständnis für die fortschrittliche Entwicklung in der Sowjetunion sind. Alle haben an einer der sowjetischen Zentralgebietsschulen ihre systematische Unterweisung erhalten. Die Schulungszeit beträgt acht bis zwölf Monate, bei einigen bis zu 16 Monaten. Der Friedland-Transport brachte Heimkehrer vor allem für das Ruhrgebiet, für Westfalen und Hamburg, der Ulmer Transport für Württemberg-Baden. Die Transporte sind nach Ländern zusammengesetzt, in der Erwartung, dass die einzelnen Heimkehrer auch nach der Entlassung in enger Tuchfühlung zueinander bleiben.

Alle sind davon überzeugt, dass die Russen in der Behandlung der Kriegsgefangenen nicht anders verfahren können, als sie es tun und dass es zumeist an den Kriegsgefangenen selbst liegt, wenn sie in einem verkommenen Zustand zurückkehren. "Sie haben sich politisch nicht aufgerafft", ist die immer wiederkehrende erklärende Formel. Die bisher Entlassenen hätten Russland sehr geschadet, die Sowjetunion werde künftig viel mehr Aufmerksamkeit darauf verwenden, dass nur unbedingt zuverlässige Antifaschisten und "Demokraten" entlassen werden.

In der Sowjetunion gibt es etwa 40 solcher Gebietsschulen, vor allem in den grösseren Städten wie Kiew, Charkow, Tiflis, Karaganda, Magnitogors, Ufa, Moskau, Leningrad, Riga, Minsk, Baku, Rostow und Stalingrad. Wer in diese Schulen eingewiesen wird, ist von jeder Arbeit freigestellt und wird gut gepflegt. Aus dem Lager 7445/2 (Tilsit) ging im Januar eine Karte mit dem folgenden, ironischen Inhalt bei der Kriegsgefangenenhilfe der SPD ein: "Da Ihr Buch in letzter Zeit besonders eifrig für uns einsetzt, möchten wir Euch unsere besten Grüsse senden. Bei einem spärlichen Mahl mit Gänsebraten, Kuchen, Bohnenkaffee, Schokolade usw. hungern wir uns über Weihnachten hinweg." Das ist sicher die Wahrheit. Man wohnt in vorzüglich geheizten Bäumen, schläft in weiss bezogenen Decken und ist fast überall in Steinbauten untergebracht.

Die erste Etappe dieser Erziehung ist die der Selbsterkenntnis und Selbstbeziehung. Jeder muss zunächst einen umfangreichen Lebenslauf schreiben, zu dem ihm eine Woche Zeit gelassen wird. Dann werden diese Aufzeichnungen dem allgemeinen Urteil vorgelegt und der Betreffende muss selbst zu den einzelnen Phasen seiner Vergangenheit kritisch Stellung nehmen. Aus dem Grad seiner Fähigkeit zur Selbstkritik ergibt sich, wie weit er fähig ist, an einer der bevorzugten Schulen aufgenommen zu werden. Dann geht der Lebenslauf an die Schulleitung, die ihn, oft durch Rückfragen über die russischen Besatzungsoffiziere, auch in den Westzonen, auf die Richtigkeit der Angaben überprüfen lässt. Stellt sich die Arbeit als einwandfrei heraus, kann der Betreffende am Kursus teilnehmen.

Dort wird hart gearbeitet, von 8 bis 18 Uhr, mit anschließender Diskussion. Themen sind vor allem grundsätzliche Fragen des Marxismus, Leninismus und der Stalinismus werden als die "einzige richtige und konsequente Fortentwicklung des Marxismus" dargestellt. Ständig wiederkehrende Lehrgegenstände sind "Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands" und "Staats- und Gesellschaftsaufbau in der Sowjetunion". Es werden Kadets von Männern gebildet, die bei ihrer Rückkehr in die Heimat als Propagandisten der bolschewistischen Politik wirken sollen. Der Unterricht erfolgt fast nur durch hochqualifizierte Kräfte, russische Universitätsprofessoren und Dozenten, vereinzelt durch geeignete deutsche Emigranten. Die technischen Disziplinen, wie Organisation, Werbung, Propaganda und Redekunst, werden in Spezialseminaren ausgiebig behandelt. Zwischenprüfungen gestatten eine ständige Kontrolle über die Aufnahmefähigkeit der Beteiligten und führen zum frühzeitigen Ausscheiden ungeeigneter Schüler. Am Ende des Kursus steht eine Abschlussprüfung, nach der die Teilnehmer mit bestimmten Hinweisen für die Arbeit in den politischen Parteien, in den Gewerkschaften, in der Verwaltung, vor allem in der Polizei oder auch nur als Werber und Zeitungsverkäufer in die Heimat entlassen werden.

Eingeklärt im Mantel eines Entlassenen fanden sich genaue Aufzeichnungen an einen KP-Funktionär in Hamburg, mit einer Beurteilung jedes einzelnen Heimkehrer-Kameraden, seiner politischen Zuverlässigkeit und mit Vorschlägen für seine evtl. Verwendung in der britischen Zone.

Günstige Zwischenbilanz

sp. Der Wortlaut des Kompromißvorschlages zum Grundgesetz, den die Fünfer-Kommission über die meist unstrittenen Fragen fertiggestellt hat und der inzwischen von den Fraktionen des Parlamentarischen Rates gebilligt worden ist, wird zur Zeit noch redigiert.

Seine Hauptpunkte tragen dem Vernehmen nach den Wünschen der SPD, wie sie mehrfach auch nach außen hin klar ausgesprochen worden sind, im Prinzip weitgehend Rechnung. Das gilt vor allem auch für die beiden fundamentalen Fragen der von der SPD geforderten grundsätzlichen Nichtgleichberechtigung der beiden Kammern und für die Bundeshoheit in der Finanzverwaltung. Im ersten Fragenbereich sind freilich einige Ausnahmen vorgesehen. Auf der anderen Seite ist der Fortfall der Forderung bemerkenswert, daß nur eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages einen Einspruch des Bundesrates soll überwinden können.

Es ist anzunehmen, daß am Dienstag nächster Woche die dritte Lesung im Hauptausschuß beginnen kann, daß dann auch das ganze Grundgesetz in seiner überarbeiteten Fassung zur Diskussion stehen und auch angenommen werden wird. Die endgültige Entscheidung freilich fällt erst nach der zweiten und dritten Lesung im Plenum.

Schließlich besteht begründete Aussicht auf die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung, daß vor der Verabschiedung des Grundgesetzes im Plenum das Besatzungsstatut zumindest in seinen Grundzügen dem Parlamentarischen Rat bekannt sein wird.

(m/1/42/1/hs)

Vom Büro des Vorstandes der SPD wird uns geschrieben:

Lügenkommunist Grotewohl

Auf dem Berliner Parteitag der kommunistischen SED hat sich der frühere Sozialdemokrat Grotewohl wieder zum Sprecher gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erniedrigt. In einem "Die Agentenrolle der Schumacher-Clique" betitelten Abschnitt (Tägliche Rundschau vom 28.1.49) hat er u.a. wider besseren Wissens behauptet, daß 1945/46 die Vereinigung der SPD mit den Kommunisten von der sozialdemokratischen Führung unter Leitung amerikanischer und britischer Beamter und Nachrichtenoffiziere gestört und vereitelt worden sei. Darüber hinaus behauptet Grotewohl, daß Dr. Schumacher am 10. April 1946 in Berlin erschien und auf Wunsch und unter Führung von amerikanischen und britischen Stellen das Ostbüro aufgezogen habe. Dieser immer wieder genannte "10. April 1946" wird dann als Beginn einer Kette von Spionage, Desorganisation, Brandstiftung, Bombenattentaten und Sabotageakten aller Art in der Ostzone hingestellt. Dazu ist festzustellen:

1. Die Vereitelung der Aufsaugung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten hat vom ersten Tage der Existenz der Sozialdemokra-

tischen Partei (April/Mai 1945) von Seiten der sozialdemokratischen Führung eingesetzt. Die britischen und amerikanischen Stellen waren damals noch noch längere Zeit danach in ihrer Erkenntnis der deutschen Verhältnisse und der russischen Politik in Deutschland nicht so weit. Die Sozialdemokratie ist in Theorie und Praxis eine deutsche und eine internationale Partei. Aber sie ist nicht ein Instrument einer Siegermacht. Diesen Standpunkt hat Grotewohl nach einem Referat Dr. Schumachers am 6. Oktober 1945 auf der Konferenz der Westzonen in Hannover mit den Worten akzeptiert: "Ich bestätige das Referat des Genossen Schumacher Wort für Wort".

2. Am 10. April 1946 war Dr. Schumacher in Hannover. Seine höfliche Bitte, die er nach einem mißglückten Verleumdungsfeldzug gegen ihn im Frühjahr 1946 aussprach, man möge künftige Kampagnen etwas besser vorbereiten und wenigstens richtige Daten angeben, ist auch hier nicht erfüllt worden. Aber auch heute finden sich wie damals Überläufer aus den Reihen der Sozialdemokratie, die die Arbeiten erledigen, die selbst den abgebrühtesten Kommunisten zu schmutzig sind und die die Gefahr der Blamage mit sich bringen. Das Ostbüro ist weder am 10. April 1946, noch in Berlin gegründet worden. Bei seiner Taufe haben weder britische noch amerikanische Stellen Pate gestanden. Es ist ein Abwehrinstrument gegenüber der russischen Partei in Deutschland.
3. Die Behauptungen über die Art der Tätigkeit des Ostbüros in der sowjetischen Besatzungszone sind die üblichen Greuelmärchen. Die Sozialdemokratische Partei ist trotz ihres Verbots politisch-psychologisch der stärkste Faktor in der Ostzone und wird dementsprechend auch am rücksichtslosesten von den Beauftragten der russischen Politik bekämpft.

Die nicht genannte Quelle ist ein bandwurmlanger Bericht, der in der sowjetisch lizenzierten Presse in einer Reihe von Fortsetzungen erschien. Unterzeichnet ist dieser Bericht, der den Eindruck macht, aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt zu sein, von dem damaligen Sozialdemokraten Lorenz, Berlin-Spandau. Lorenz hat sich 1946 ohne Auftrag oder nur Wissen der Sozialdemokratie in der Ostzone aufgehalten und ist dort von der russischen Geheimpolizei verhaftet worden. Der Bericht ist eine solche Häufung von Ignoranz, Unsinn, Verdächtigung und Wille zur Perfidie, daß er von niemandem verfaßt sein kann, der auch nur den geringsten Zusammenhang mit den politischen Tatsachen in Deutschland hat. Das alles weiß Grotewohl.

(b/B. 1/42/1/hs)

Sumner Welles über Dean Acheson

Der frühere Unterstaatssekretär im State Department, Sumner Welles, sagt in "New York Herald Tribune" vom 30. Januar Bemerkenswertes über die Berufung seines früheren Kollegen Dean Acheson an die Spitze des Außenamts. Er sieht voraus, daß sich die Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten und dem Staatssekretär enger als bisher gestalten werde, unter Ausschluß des bisher überragenden militärischen Einflusses. Dean Acheson werde keine Eingriffe nicht zuständiger Stellen in seine Kompetenzen gestatten. Und weiter wörtlich: "Es ist unwahrscheinlich, daß General Clay und sein Gegenstück im Pentagon, General Draper, auch weiterhin unsere Deutschlandpolitik bestimmen werden. Es ist noch viel unwahrscheinlicher, daß das zarte Gewebe der internationalen Verständigung auch weiterhin immer wieder in Berlin zerstört werden wird durch die immer wiederkehrenden Schreiereien des Obersten Howlay, der seinen Namen mit Recht trägt". (Howl, engl. heulen.D.Us.)

Es ergibt sich, daß Mr. Welles mit der bisherigen amerikanischen Politik in Deutschland und besonders in Berlin unzufrieden ist und von Mr. Acheson eine Änderung des bisherigen Kurses erwartet. Es ist kein Geheimnis, daß eine solche Änderung von manchen in Washington erhofft, von anderen befürchtet wird. Der Artikel des Mr. Welles wird jedenfalls von denen als eine Bestätigung ihrer Vermutungen aufgefaßt, werden, die einander zuflüstern, Dean Acheson werde für Stalin sein, was Neville Chamberlain für Hitler gewesen ist - trotz der ersten Ablehnung des Stalin-Angebotes, das allzu plump war.

(b/L.80L/42/1/hs)

F.St.

Marie Juchacz wieder in Deutschland

sp. In diesen Tagen traf Frau Marie Juchacz aus den Vereinigten Staaten wieder in Deutschland ein, wo sie nunmehr für die Dauer zu bleiben beabsichtigt. Frau Juchacz, die Gründerin des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, war vor 1933 die Leiterin des Frauenbüros beim Parteivorstand der SPD. Trotz ihres hohen Alters - sie wird im März 70 Jahre - ist sie außerordentlich rüstig, sie wird auch künftig wieder aktiv in die Sozialarbeit eingreifen. Am Freitag nachmittag besuchte sie das Büro des Parteivorstandes in Hannover.

(m/1/42/1/hs)